

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/186

Bonn, den 29. September 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Ein klärendes Wort der deutschen Juristen</u> Zum 46. Deutschen Juristentag in Essen Von Rechtsanwalt Gerhard Jahn (Marburg), MdB	89
3 - 4	<u>Ohne Befähigungsnachweis zurück</u> Mehr noch als zuvor - Kanzler auf Abruf Von Fritz Stallberg	62
5	<u>Mitteldeutscher Alltag</u> Kleine Wachlese zur Herbstmesse in Leipzig	36
6	<u>Neue Universität in Dänemark</u> Modernes Forschungs- und Kulturzentrum	39

Ein klärendes Wort der deutschen Juristen

Zum 46. Deutschen Juristentag in Essen

Von Rechtsanwalt Gerhard Jahn (Marburg), MdB

Am 27. September 1966 wurde in Essen der 46. Deutsche Juristentag eröffnet. Er beschäftigt sich in Fortführung seiner bewährten Tradition mit einer Reihe bedeutsamer juristischer Fachprobleme. Wissenschaftler und Praktiker begegnen sich in einer Diskussion wichtiger und grundsätzlicher Fragen unserer Rechtsordnung.

Dieser 46. Deutsche Juristentag wird aber in die Geschichte dieser einzigen regelmäßigen Begegnung aller deutschen Juristen mit einem besonderen Höhepunkt eingehen. Zum ersten Mal nach 1945 hat der Deutsche Juristentag ein Thema aufgegriffen und in beispielhafter, ja vorbildlicher Form behandelt, das den Verantwortungsbewußtsein unserer Juristen für unsere Rechtsordnung wie für das staatliche Leben überhaupt ein ausgezeichnetes Zeugnis ausstellt.

Die Verfolgung der nationalsozialistischen Gewaltverbrecher ist seit langem Gegenstand lebhafter Erörterungen in der Öffentlichkeit. Sie wird es auch noch für einige Jahre bleiben.

Anlässlich der Debatte über die Verlängerung der Verjährungsfristen im Deutschen Bundestag hat sich die Öffentlichkeit zuletzt eingehend und oft leidenschaftlich der damit verbundenen Fragen angenommen. Immer wieder sind auf der einen Seite Stimmen laut geworden, die mit Nachdruck eine Beendigung derartiger Prozesse fordern. Die Motive reichen dabei von den aus ernster Sorge begründeten Zweifeln, ob es überhaupt möglich sei, mit den Mitteln unserer Rechtsordnung das unermeßliche Unrecht zu ahnden bis hin zu jenen, die da meinen, durch Schweigen und schnelles Vergessen könne man sich der Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen entziehen. Ebenso haben aber in den letzten Jahren solche Urteile zunehmend Kritik gefunden, die offensichtlich angesichts der Schwere der Verbrechen zuviel Nachsicht zeigten.

Die ständige Deputation des Deutschen Juristentages hatte deshalb einen Kreis von Sachverständigen zu einer Klausurtagung eingeladen und gebeten, die mit diesem Fragenkreis zusammenhängenden Probleme zu erörtern. Professoren, Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte haben in einer Klausurtagung diese Arbeit auf sich genommen und eine Reihe von Entschlüssen gefaßt. Dabei haben sie sich darauf beschränkt, in diese Entschlüsse nur die Punkte aufzunehmen, über die sie alle eine Einigung erzielen konnten. Sämtliche Punkte wurden also einstimmig angenommen.

Über die bei dieser Klausurtagung behandelten Probleme und die Ergebnisse der Beratungen wurde am ersten Tag des Deutschen Juristentages berichtet. Ein von hohem Verantwortungsbewußtsein gekennzeichnete einleitender Bericht des Präsidenten des Deutschen Juristentages, Professor Dr. Dr. Ernst Priesenbahn, Bonn, leitete vor einem

überfüllten Auditorium die fast dreistündige Darstellung der Problematik ein. Oberstaatsanwalt Dr. Adalbert Rickerl, neuer Leiter der Zentralstelle in Ludwigsburg, Senatspräsident Dr. Hans Hofmeyer, der Vorsitzende des Schwurgerichtsprozesses im ersten Auschwitz-Prozess, Rechtsanwalt Dr. Redeker und die Professoren Dr. Hanack und Lackner trugen in Kurzreferaten ihre ergänzenden Betrachtungen vor.

Klar und eindeutig heißt es im ersten Satz der Entschlieung:

- * "Die Bewahrung der Rechtsordnung und der Schutz des menschlichen Lebens erfordern die Verfolgung und Bestrafung der NS-Gewaltverbrechen. Die Mitverantwortung der Gesellschaft für die geschehenen Verbrechen darf nicht dazu führen, daß gegenüber diesen Taten unangebrachte Milde geübt wird."

Damit war die Grundhaltung aller Beteiligten klar umrissen.

In einzelnen wird dann zwar in der vorsichtigen und zurückhaltenden Sprache der Juristen, aber gerade deshalb besonders eindrucksvoll, scharfe und eindeutige Kritik an solchen Urteilen geübt, die auffallend niedrige Strafen ausgesprochen haben. Unzweideutig wird ausgesprochen, daß vielfach zu Unrecht nur Beihilfe zum Mord angenommen worden ist, wo die Täter eines eigenhändigen Mordes zu verurteilen gewesen wären. Ebenso unmißverständlich wird mit dem häufigen Versuch ins Gericht gegangen, Entschuldigungsgründe zu finden, wo sie zu großzügig angenommen worden sind. Es wurde aber auch darauf hingewiesen, daß der Schuldvorwurf gegenüber dem einzelnen Täter häufig deshalb schwer zu erweisen sei, weil hohe und höchste Vertreter des öffentlichen Lebens einschließlich der Inhaber hoher Richterämter und auch Hochschullehrer des Rechtes dem Unrechtsstaat ihre Unterstützung gaben. Für den einzelnen war es deshalb manchmal schwer zu erkennen, daß er an einem Unrecht mitwirkte.

Ein eindringlicher Appell erging an die Wissenschaftler, die mit den NS-Verbrechen zusammenhängende Fragenkreise gründlich zu untersuchen.

Viele Hundert Juristen der verschiedensten Altersgruppen und Gerichtszweige folgten den Berichten teilweise unter atemloser Spannung. Ein für das Publikum von Juristentagen ungewöhnlich starker und anhaltender Beifall gab nicht nur das Gefühl der Dankbarkeit, sondern auch eine nachdrückliche Zustimmung zum Ausdruck. Diesem Dank soll hier noch einmal Ausdruck verliehen werden. Der Deutsche Juristentag hat sich mit Würde und hohem Verantwortungsbewußtsein einer schweren, aber dringend notwendigen Aufgabe unterzogen. Sein Ansehen, seine Autorität werden dazu beitragen, daß die schwierige Aufgabe, die der deutschen Justiz auch in den nächsten Jahren noch gestellt sein wird, besser, überzeugender und glaubwürdiger, als es in der Vergangenheit manchmal geschah, gelöst zu werden. Niemand hätte besser die Voraussetzungen dafür geben können als das freie Forum aller deutschen Juristen. Der 46. Deutsche Juristentag in Essen hat den deutschen Juristen einen großen Tag gegeben.

Ohne Befähigungsnachweis zurück

Mehr noch als zuvor - Kanzler auf Abruf

Von Fritz Stallberg

Erhard wurde bei seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten von der Nachricht empfangen, daß sein Parteifreund und Bundestagspräsident Gerstenmaier bereit sei, seine Nachfolge anzutreten. Diese Nachricht war zwar nicht taufersch, der Bundestagspräsident hatte sich ohnehin schon seit einiger Zeit nicht mehr sonderlich dagegen gewehrt, als Anwärter seiner Partei für das Kanzleramt genannt zu werden. Aber immerhin war jetzt der Zeitpunkt interessant. Gerstenmaier hatte noch zwei Tage vor Erhards Abreise die Ansicht geäußert, daß der Ausgang der Gespräche mit Präsident Johnson für die Zukunft des Kabinetts Erhard von großer Bedeutung sein werde. Er, Gerstenmaier, hatte gewissermaßen dem noch antretenden Bundeskanzler die USA-Reise als Bewährungsprobe auferlegt und im Grunde hatte nicht nur er allein das getan, sondern überhaupt die Führungsspitze der CDU.

Erhards eigene Partei hat die geringste Rücksicht auf den Reiseterrmin genommen. Der Kanzler erhielt auch für die wenigen Tage seines Besuches in Washington keine Schonzeit. In der CDU hat sich die Enttäuschung über die mangelhafte Leistungsfähigkeit Erhards, über seine Fehlentscheidungen und Unterlassungen inzwischen soweit breit gemacht, daß der Groll auch vorübergehend nicht mehr aufzuhalten ist. Grundmanns Wochenendinterviews waren als Begleitmusik zur Kanzlerreise nur ein Beispiel. Daß es in diesem Fall keine regierungsamtliche Rüge gab, keine Entrüstung wegen der Gefährdung nationaler Interessen, sei nur ganz am Rande angemerkt.

Nun ist die Reise vorbei. Noch am Tage der Rückkehr aus den USA nahmen die Landesvorsitzenden der CDU ihrer Bundesvorsitzenden und antretenden Kanzler in die Kangel, noch am Tage der Rückkehr gab es Geheimgespräche im Jagdhaus Gerstenmaiers, um den Ton fürs große Blasen anzustimmen. Was bedeutet letzten Endes die These, er, Gerstenmaier, werde bis "zur Erschöpfung" loyal zu Erhard stehen, aber es könne allerdings ein Zeitpunkt eintreten, an dem die Loyalität gegenüber dem Land größer sein müsse als gegenüber der Partei oder gegenüber einer

einzelnen Person? Damit ist im Grunde schon das Scheitern der Bewährungsprobe vorweg genommen.

Zumindest Gerstenmaier sagt jetzt klar, daß er glaubt, der bessere Kanzler aus den Reihen der CDU zu sein, daß er durchaus präzise Vorstellungen darüber habe, wie man besser als Erhard die Regierung zu führen habe, wenn man sich auch wegen der völlig verfahrenen Lage nicht gerade darum reißen könne, die Nachfolge anzutreten.

Und was hat Barzel in Grunde anderes im Auge gehabt, als er noch während der Abwesenheit Erhards seine Schwerpunkte zur Verbesserung der Arbeit seiner Partei publizierte? Auch er empfahl sich als bereitstehender Nachfolger, der nur auf den Ruf des Parteivolks wartet, um alles besser zu machen.

Erhard ist ohne Befähigungsnachweis zurückgekehrt. Der Versuch, frisch aufpoliert in die neue Runde seiner Bonner Auseinandersetzungen zu gehen, ist fehlgeschlagen. Wer hatte das auch anders erwartet? Die "Härte" des Bundeskanzlers hat sich in dem Bemühen demonstriert, die amerikanische Regierung von dem ernsthaften Wunsch der Bundesregierung zu überzeugen, eingegangene Verpflichtungen zu erfüllen. - Erhards Erfolg besteht darin, daß die amerikanischen Gesprächspartner ihn - wie er selbst berichtete - "geduldig angehört" haben.

Damit soll in keiner Weise gesagt sein, daß regelmäßige Arbeitsbesprechungen zwischen befreundeten Regierungen nicht eine notwendige und gute Sache sind. In Erhards besonderer Situation kam es aber darauf nicht in erster Linie an. Für ihn sollte diese Reise ein besonderer Befähigungsnachweis sein. Seine eigenen Parteifreunde haben fleißig dafür gesorgt und auch Erhard selbst, der aus dem gleichen Grunde die Reise nicht aufschob, obwohl wohlmeinende Ratgeber es für richtiger hielten, zuerst in eigener Hase für Ordnung zu sorgen.

Erhard ist heute mehr noch als zuvor ein Kanzler auf Abruf. Jeder Tag bringt dafür neue Beweise.

Mitteldentscher Alltag

Erster Elektrozug in Dresden

Mit der Übergabe der 40 Kilometer langen Eisenbahnstrecke von Freiberg nach Dresden ist die Linie von Reichenbach (Vogtl.) nach Dresden in einer Gesamtlänge von 152 km voll elektrifiziert worden. Die Reisezeiten verkürzen sich auf dieser Strecke um 80 Minuten.

Handelsvolumen "DDR" - Jugoslawien

Ein Handelsabkommen zwischen der "DDR" und der Volkerepublik Jugoslawien sieht gegenseitige Warenlieferungen in den Jahren 1966 bis 1970 in Höhe von insgesamt mehr als 4 Milliarden DEM (Mark Deutsche Notenbank) vor. Jährlich soll der Warenaustausch um 10 Prozent steigen. Ein "Deutsch-Jugoslawisches Wirtschaftskomitee", das bereits 1964 gegründet wurde, soll den Warenaustausch weiter entwickeln.

Neue Pipeline von Rostock nach Schwedt

Außer der großen Erdölleitung, die aus der Sowjetunion über Polen nach Schwedt verläuft, ist eine zusätzliche Leitung projektiert worden, die von dem Ostseehafen Rostock zu dem Erdölverarbeitungs-werk Schwedt an der Oder verlaufen soll. Die neue Pipeline wird etwa 200 Kilometer lang werden.

Kleine Nachlese zur Herbstmesse in Leipzig

Auf der diesjährigen Herbstmesse waren insgesamt 6 489 Aussteller aus 60 Ländern vertreten. Die Gesamtausstellungsfläche betrug rund 131 000 Quadratmeter. 235 000 Besucher wurden gezählt, die aus 37 Ländern kamen. Über 53 000 Besucher kamen aus dem Ausland (wobei die Bundesrepublik und Westberlin in diesen Zahlen gesondert aufgeführt wurden).

Aus dem Ostblock beteiligten sich 12 Staaten an der Messe mit ca. 6 500 Quadratmeter Ausstellungsfläche, die CSSR mit 1 750 Quadratmeter, die Sowjetunion mit 1 120 Quadratmeter. Aussteller aus 24 Entwicklungsländern waren anwesend. Frankreich stellte 178 Aussteller auf einer Fläche von 1 860 Quadratmeter.

Die Außenhandelsunternehmen der "DDR" schlossen Ex- und Importverträge mit Partnern aus 76 Ländern.

Carl Zeiß 150. Geburtstag

Am 28. September jährte sich der 150. Geburtstag des Gründers der weltbekannten Zeißwerke in Jena. Aus Anlaß dieses Gedächtnistages legten der Generaldirektor des "VEB Carl Zeiß Jena" und der Bevollmächtigte der "Carl-Zeiß-Stiftung" Kränze an Grab nieder. Bekanntlich hat die "Carl-Zeiß-Stiftung" in der Bundesrepublik neue Anlagen errichtet. Eine Reihe Gerichtsverfahren vor deutschen und ausländischen Gerichten soll die Rechtslage der Werksnachfolge, Bundesrepublik oder "DDR", klären.

Neue Universität in Dänemark

Modernes Forschungs- und Kulturzentrum

Der König Frederik IX von Dänemark hat vor kurzem in Odense die dritte Universität des Königreichs im Norden eingeweiht. Es handelt sich nach Kopenhagen - gegründet 1748 - und Aarhus - 1928 - um die dritte Hochschule Dänemarks mit seinen 4,7 Millionen Einwohnern. Der sozialdemokratische Unterrichtsminister K.B. Andersen teilte bei der Universitäts-Einweihung in Odense mit, die Regierung Jens Otto Krag plane, noch drei weitere Universitätszentren zu errichten. Dann wird es für je rund 800 000 Dänen eine Hochschule geben.

Bei der Einrichtung der Universität in Odense sind die Dänen neue Wege gegangen. Im Dezember 1964 wurde der Plan gefaßt, in der Hauptstadt der Insel Fünen eine Universität zu bauen, die nach und nach 4 000 Studenten aufnehmen soll. Dabei wurde von vornherein festgelegt, Odense solle ein Modellfall für die Demokratisierung der Universitätsarbeit werden. An der Leitung der Universität werden nunmehr auch Dozenten und Studenten beteiligt. Es wurde ferner bestimmt, die Universität in Odense solle keine exklusive Institution mehr sein. Das Universitätszentrum soll vielmehr zu einem umfassenden Forschungs-, Bildungs- und Kulturzentrum ausgebaut werden. So ist daran gedacht, die Lehrerbildung einzubeziehen und ein Musikonservatorium zu errichten. Die große Bücherei, für die schon historische Sammlungen angekauft wurden, wird der Bevölkerung zur Verfügung stehen. Die Aula wurde so angelegt, daß sie für Konzerte und Ausstellungen der Stadt verwendet werden kann.

Rektor Mogens Brøndsted hat dieser Tage mitgeteilt, man werde auch ein neues Prüfungswesen in Odense einführen, um eine Effektivität bei der Ausbildung zu erreichen. Es sollen mehr Zwischenexamina eingelegt werden. Auch jener, der das Studium vorzeitig abbricht, wird ein Examensattest erhalten, um damit einen Beruf aufbauen zu können. Das ist von erheblicher Bedeutung, weil 50 Prozent aller Studenten in Skandinavien das Studium abbrechen.

Die Universität wird in einem Rekordtempo aufgebaut. Zuerst hat man dem Technikum in Odense einen Neubau hinzugefügt mit 5 000 Quadratmetern für die Medizinische und Humoristische Fakultät. Als die Universität eröffnet wurde, waren bereits alle elf Professuren besetzt. 1964 standen für die Universität nur 66 000 Kronen bereit. In diesem Jahr wurden bereits 5,4 Millionen ausgegeben.

+ + +